

Bewirtschaftung von Munkeltreiben. Durch die Ministerialverordnung vom 30. September 1918, mit der die Bekanntmachung der Reichsstelle für Getreide und Obst vom 28. September d. J. veröffentlicht worden ist, ist bekanntgegeben worden, daß von nun an auch die Munkeltreiben der Bewirtschaftung wie alle anderen Kontrollgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Mören und Rotebete) unterliegen. Der Grund für diese von der Reichsstelle getroffene Maßnahme ist die Tatsache, daß zunächst einmal der äußerst starke Herabbedarf an getrockneten Munkeltreiben zu bedenken ist, und daß weiterhin der Kaffee-Erlass-Industrie geeignete Erzeugnisse zur Verfügung gestellt werden müssen, nachdem im freihändigen Ankauf trotz aller Versuche ausreichende Mengen nicht zu erlangen waren. Da der kaiserliche Staat die gewaltige Auflage von 1.800.000 Zentnern zu erfüllen hat, wird eine strenge Bewirtschaftung der Munkeltreiben nicht zu umgehen sein, wenn dieses Lieferungsziel erfüllt werden soll.

Kein Schreibpapier an Kriegsgelungene in Frankreich senden. Wie festgestellt wurde, liefert die französische Zensur an deutsche Kriegsgelungene gerichtete Sendungen von unbeschriebenem Briefpapier und unbeschriebenen Postkarten deutschen und österreichischen Ursprungs nicht mehr aus. Der gleichen Behandlung unterliegen auch Schreibhefte, Notizbücher und dergleichen. Um größere Mengen Papier nicht unnötig dem deutschen Wirtschaftslieben zu entziehen, ist Anordnung getroffen worden, daß alle derartigen Sendungen künftig nicht mehr befördert werden.

Die Ernährungsverhältnisse in Sachsen. Im Auftrage eines Chemnitzer Aufklärungsausschusses war eine Abordnung desselben bei dem Minister des Innern vorstellig geworden wegen der Ernährungsfrage und des Hamsterverkehrs. Der Empfang fand am 20. Sept. statt. Die Abordnung wurde empfangen von dem Minister des Innern und dem Vorsitzenden des Landeslebensmittelausschusses. Die Beschwerden der Arbeiterchaft und des Mittelstandes über die ungenügende Ernährung und den Hamsterverkehr wurden nachdrücklich geäußert. Die Antwort der Regierung war, daß von Seiten der Regierung alles getan worden sei. Die Regierung hat den ernstesten Willen, den Schleichhandel zu unterbinden und die Erfassung der Erzeugnisse schärfer durchzuführen. In die Ausschüsse für die Erfassung sollen auch Arbeiter berufen werden. Die schlechte Ernährungslage Sachsens wurde von der Regierung unumwunden zugegeben. Eine Linderung des Hamsterverkehrs kam aber der Regierung nicht zugehen. Es soll aber für die aufsichtführenden Polizeibehörden im Lande eine neue Instruktion ausgearbeitet werden. Das Hamstern bleibt verboten. Die gehamsterte Ware wird beschlagnahmt. Aber die Regierung wird einen Weg finden, bis zur neuen Versorgungsperiode dem Hamsterverkehr seine Fäden und Ranken zu nehmen. Der Erhöhung der Kartoffelration auf wöchentlich 10 Pfund steht die Regierung freundlich gegenüber. Der Mangel in der Versorgung mit Butter, Fett, Fleisch, Milch usw. wurde von der Regierung ebenso zugegeben. Die Regierung will alles tun, was sie in der Erfassung der Lebensmittel tun kann. Dadurch wird die städtische Bevölkerung so viel erhalten können, daß sie nicht mehr zu Hamstern braucht. Die Regierung plant eine sogenannte Verkaufserklärung, durch die den Erzeugern die Lebensmittel verschwiegen, Lebensmitteln zugeordnet werden. Vorgesehen sind auch Ausweise, die Kinderreiche Familien zum Hamstern berechtigen. Wer beim übermäßigen Hamstern bestraft wird, dem sollen die gehamsterten Lebensmittel auf seine Rationen angerechnet werden. Die Regierung vorzuzug, in Zukunft 4 Pfund Brot, 7 Pfund Kartoffeln, 200 Gramm Fleisch (auf dem Lande 125-150 Gramm) zu geben. In der Zukunft soll keine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse. Für Milch und Butter steht keine Veränderung in Aussicht, geplant ist nur eine größere Heilmittelversorgung.

Veranlassungen.
Zur Aufführung des „Weißkohl“. Nachmals sei auf die Ausführung des patriotischen Schauspiels „Der Weißkohl“, die morgen Sonntag abend im Bürgergarten stattfinden, hingewiesen. Die Hauptrolle wird von der Schauspielerin Lotta Grullus dargestellt, während die Rolle des Geringfügigen Camillo Wamball gegeben wird. Die Kartennachfrage (Karten im Antragsbüreau) ist bereits eine sehr rasche.
Kongert des Kammerflügelers Kästel. Die Kammerflügelers Kästel wird es höchlich interessieren zu erfahren, daß Herr Kammerflügelers Kästel in Dresden, der hier schon wiederholt mit großem Erfolge konzertierte, am 18. Oktober im „Bürgergarten“ einen Schubertabend geben wird. Das Konzert verspricht jedenfalls sehr genussreich zu werden.
Panorama in der Ernst-Papierstraße. Das Panorama in der Ernst-Papierstraße mit seinen prächtigen, künstlerisch ausgeführten Bildern erregt sich eines steigenden Zuspruchs und ist insbesondere der Jugend sehr zu empfehlen.

Letzte Drahtnachrichten.
Hindenburg beim Kaiser.
(Mittl.) Berlin, 5. Oktober. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern vormittag den Generalfeldmarschall von Hindenburg und führte dann den Generalfeldmarschall vor.
Die offizielle Ernennung des Reichskanzlers.
Berlin, 4. Oktober. Eine Sonderausgabe des Reichsanzeigers macht bekannt Seine Majestät der Kaiser und Königin haben allergnädigst geruht, dem Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Grafen von Hertling die nachgelagte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler zu erteilen und Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Weitere Ernennungen.
Berlin, 2. Oktober. Die Reichstagsabgeordneten Grafen Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Portfeuille ernannt worden. Auch die angeforderte Ernennung des Reichstagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des von zu verlassenden Reichsarbeitsamtes ist erfolgt. Dem Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes ist der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Dr. Sell berufen worden. Er wird sich aber in dieser neuen Stellung während der Dauer des Abganges von seinem bisherigen Posten nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Klein geführt werden sollen.

Zur heutigen Reichstagsitzung.
Berlin, 5. Oktober. Die heutige Sitzung des Reichstages dürfte, wie die „Post“ schreibt, eine der wichtigsten und folgenschwersten werden. Sie bildet in gewissem Sinne das Gegenstück zu der berühmten Sitzung vom 4. August 1914. Von dem Inhalt der heutigen Kanzlerrede, so schreibt die „Post“, wird ein unheilvolles Schicksal abhängen. Die Rede wird eine der ernstesten Kundgebungen sein, die von dem deutschen Staatsmannern bisher überhaupt veranlaßt worden sind. Ohne daß bisher darüber Genügend bekannt wurde, darf angenommen werden, daß es sich um einen Friedensschritt handelt, welchem sich wahrscheinlich die übrigen Staaten der Mittelmächte anschließen werden. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge lautet in dem Programm der Reichstagspartei, welches die Grundzüge für die Politik der neuen Regierung bildet, die Bereitschaftserklärung zum Beitritt zum Völkerverbund folgendermaßen: Der Völkerverbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gebot der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Völkers und freier wirtschaftlicher Entwicklung der Völker. Der Völkerverbund schließt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitztums in den ihnen vom Völkerverbund gewährten Rechten und schließt alle feindlichen und widersprechenden Sonderverträge aus. Grundzüge des Völkerverbundes sind umfassende Aufrechterhaltung des Völkerverbundes, gegenseitige Verpflichtung der Staaten.

ledigen Streitfall, welcher nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, schließlich Behandlung zu übergeben. Durchführung des Grundgesetzes der Freiheit der Meere, Verhängung über gleichzeitige Abklärung zu Lande und zu Wasser, Botschaft der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr, internationaler Ausbau der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

Vom österreichischen Parlament.
Wien, 4. Oktober. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses führte der Abgeordnete Pacher aus: Die Schmähungen des Abg. Stanc gegen unsere deutschen Bundesgenossen reichen an diese nicht heran. Wir Deutschen grüßen unsere heldenhaften Brüder im deutschen Reich, grüßen ihre tapferen Krieger, grüßen ihre Kaiser, mit Dank und unverbrüchlicher Treue, und wir wissen, daß in unserer festen Eintracht die unzerstörbare Brüderlichkeit unserer Zukunft liegt. Die Deutschen in Oesterreich verlangen ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Der katholische Bischof Kruban erklärte: Auch wir wollen mit unseren deutschen Mitbürgern schließlich zusammen leben, weil wir gerade so gut wie sie wissen, daß wir darauf angewiesen sind, zusammen zu leben. Nächste Sitzung Dienstag.

Prag, 3. Oktober. Der Prager Stadtrat beschloß, den Reichsratsabgeordneten Stanek zum Ehrenbürger Prags zu ernennen.
(Es ist derselbe, aber dessen Schmähungen Oesterreichs und Deutschlands im Wiener Parlament größte Enttäuschung herrscht. D. Red.)
Wien, 4. Oktober. Der Deutsch-Böhmische Korrespondenz zufolge wurde der Hauptauschuss der deutsch-böhmischen Vereinigung nachstehenden Beschlusses: Die deutsch-böhmische Vereinigung des Abgeordnetenhauses fordert bei der Neuordnung der Verhältnisse in Oesterreich auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker die volle Selbständigkeit Deutsch-Böhmens, das sich aber seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden will und an der Gemeinbürgerschaft aller Deutschen in Oesterreich trennen will.

Spanisches Aufsehen.
Berlin, 4. Oktober. Der spanischen Gesellschaft geht aus Sofia unter dem Datum des 2. Oktober die folgende Meldung zu: Bulgariens Waffenstillstand mit der Entente ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Sobranie. Ueber die Friedensbedingungen verlautet folgendes: 1) Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf 1, nach anderen Mitteilungen 2 Divisionen; die westlich des Meridians von Stope befindlichen bulgarischen Truppen werden in Kriegsgefangenschaft übergeführt. 2) Abnahme aller seit 1915 besetzten fremden Gebiete, doch erhält Bulgarien voransichtlich die Dobrudscha bis Kabanin. Die mazedonische Frage bleibt offen bis zum allgemeinen Friedenskonferenz. 3) Abzug aller Deutschen und Oesterreicher binnen 4 Wochen. 4) Die Unverletzlichkeit Bulgariens wird garantiert, ebenso seine Souveränität.

Italien lehnt Oesterreichs Note ab.
Rom, 4. Oktober. Bei Eröffnung des Parlaments hielt Ministerpräsident Orlando eine lange Rede, in der er u. a. die Friedensnote des Grafen Burian ablehnte und für Italien eine Fortsetzung des Kampfes ankündigte.

Verhaftung eines rumänischen Ministers.
Bukarest, 3. Oktober. Die rumänische Kammer hat beschlossen, daß der ehemalige Landwirtschaftsminister in Kabinett Bratianu, Alexander Constantinescu in Untersuchungshaft genommen werden soll. Aus Jassy wird gemeldet, daß Constantinescu sich auf seinem Landgute befindet und Auftrag gegeben wurde, ihn sofort zu verhaften. Constantinescu wurde gestern in das Hauptgefängnis in Jassy eingeliefert.
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.

Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung, die für Kriegszwecke nicht mehr gebraucht werden, kann die Zahlung an Geldes Statt durch Hingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alles, was zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art.

Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe leisten, werden bei sonst gleichen Geboten bevorzugt. Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage anzurechnen und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagpreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche 5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterscheidung sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4 1/2 %igen auslosbaren Schatzanweisungen.
Also: Nur die Kriegsanleihe, nicht der Besitz baren Geldes, bietet Sicherheit dafür, daß der Landwirt und der Gewerbetreibende das, was er braucht, aus dem freiwerdenden Kriegsgütererwerb kann.